

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2024 Stadtkämmerer G. Ochs

Am Limit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Salomo,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach 1975, 1982, 1993, 2003, 2009 und 2020 ist Deutschland wieder in einer Phase der Rezession. Ursachen für die Rezessionen waren Ölkrisen, das Platzen der Internet-Techblase, die Folgen der Finanzkrise 2009 und zuletzt die Corona-Pandemie 2020. Dieses Jahr beträgt die Rezession laut Bundesregierung 0,4% – Ursachen sind der Ukraine-Krieg und zunehmende internationale Verwerfungen mit negativen Folgen in Form von stark angestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen, Sanktionen, Engpässe bei Prozessoren, Lieferkettenstörungen usw. Der Ausblick für 2024 ist etwas besser mit einem Wachstum von voraussichtlich 1,3 %. Im Frühjahr betrug die Werte noch für 2023 + 0,4 % und für 2024 + 1,6 %. Deutschland kommt also langsamer als noch im Frühjahr angenommen wieder ins Wachstum und belegt den letzten Platz der führenden Industrieländer.

Die Inflation hat sich wegen den geldpolitischen Maßnahmen der EZB, d.h. der Erhöhung der Leitzinsen in mehreren Schritten, abgeschwächt. Noch nie in der Geschichte seit Bestehen der EZB wurde der Leitzins in einem so kurzen Zeitraum um 4,5 % erhöht; die Inflationsrate liegt momentan auf gleicher Höhe. Zu den o.g. Themen der teuren Energie und Rohstoffe kommt nun noch der allgegenwärtige Personalmangel hinzu. Den Kommunen zusätzlich auferlegte Aufgaben wie die kommunale Wärmeplanung sind aufwändig und beanspruchen zusätzliche Personalkapazitäten. Die von den Kommunen unterzubringenden Flüchtlinge haben ein Niveau von vor der ersten Flüchtlingskrise 2015 erreicht und ein Ende ist noch nicht absehbar. Die Baden-Württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise haben in den letzten 20 Monaten mehr als 200.000 Flüchtlinge aufgenommen – wir stehen zur humanitären Verpflichtung, hier zu helfen. Allerdings sind die Aufnahmekapazitäten mehr als strapaziert, auch das Personal in den Ausländerämtern und im Integrationsmanagement arbeitet über dem Anschlag. Die EU kann sich immer noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bei diesem Thema einigen, so dass wir bei den Städten und Gemeinden weiter hiermit sehr eingespannt bleiben. Die Folgen der aktuellen wirtschaftlichen Lage wie der Einbruch bei den Wohnungsbauzahlen sind hier kontraproduktiv und die Lage verschärft sich weiter. Herausforderungen wie der Umstieg auf CO₂-freie Wärmetechnik, quasi die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, ist in der Finanzplanung noch nicht enthalten. Enttäuschend ist, dass der Gesetzgeber für Städte und Gemeinden bisher keine Fördermöglichkeiten für den Umstieg vorsieht.

Auf uns bezogen bedeutet dies, dass unsere Haushaltssituation 2024 weiterhin im roten Bereich sein wird. Wir müssen uns mit immer weniger Mitteln – nicht nur mit weniger finanziellen Mitteln – den größer werdenden Herausforderungen stellen. Wir investieren weiter im möglichen Rahmen und stärken gerade jetzt, in einer konjunkturell schwachen Phase antizyklisch die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge. Daher weist der Haushalt wieder äußerst respektable Investitionsbeträge aus. Allerdings müssen wir umso mehr dazu kommen, die Investitionen mit positiven Ergebnissen aus dem laufenden Haushalt anteilig zu finanzieren, was in der jetzigen Situation nicht gelingt.

Unsere noch gute Liquiditätssituation ist für die Herausforderungen und Entwicklungen gewiss ein Vorteil, über den nicht jede Stadt unserer Größenordnung verfügt. Sie sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hauptursache hierfür einfach verzögerter Mittelabfluss bei unseren größeren Investitionen ist.

Wir mussten bei den Mittelanmeldungen für 2024 Anmeldungen von den Fachbereichen konsequent herunternehmen, um ein genehmigungsfähiges Zahlenwerk zu erhalten. In den Haushaltsplanentwurf sind daher überwiegend begonnene Investitionen im Pflichtaufgabenbereich enthalten. Investitionen im freiwilligen Aufgabenbereich sind angesichts der Lage deutlich weniger vertreten als in den Vorjahren. Wir müssen klar feststellen, dass einige Investitionen auch nicht in die Finanzplanung aufgenommen worden sind, die ansonsten auf jeden Fall aufgenommen worden wären. Ich gehe später hierauf noch näher ein.

Die Gewerbesteuer erholt sich glücklicherweise, aber wir dürfen uns hiervon nicht blenden lassen, da das derzeitige Gewerbesteuerniveau noch immer für eine Stadt unserer Bedeutung zu niedrig ist. Wir schlagen Ihnen daher mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 auf 400 Hebesatzpunkte vor. Damit liegen wir noch 10 Punkte unter dem Anrechnungssatz für die Einkommensteuer für inhabergeführte Betriebe und Personengesellschaften. Wir planen mit einer Verbesserung von 1,5 Mio. Euro jährlich.

Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung wurde letztes Jahr vor dem Hintergrund der Pandemiefolgen und des Konflikts in der Ukraine nicht vom Gemeinderat angenommen. Diese Erhöhung hätte der Haushalt für die dringend notwendigen Investitionen benötigt. Im veranschlagten negativen Ergebnis 2024 ist eine Erhöhung der Grundsteuer B enthalten. Wird sie nicht beschlossen, ist das ordentliche Ergebnis nochmals um fast 1 Mio. Euro schlechter. Wir kommen nicht länger umhin, diese Steuer zu erhöhen. Auch der Finanzplanungszeitraum geht von einer Erhöhung aus. Sollte sie wieder nicht angenommen werden, sind entsprechende Einsparmaßnahmen auf der Ausgabeseite oder andere Erträge notwendig. Auch hier gehe ich später noch auf dieses Thema ein. Dem Gemeinderat sind die freiwilligen Ausgabepositionen ausführlich dargestellt und erläutert worden.

Verhältnis Bund – Land – Kommunen

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2024 mit einem Volumen von 445,7 Mrd. Euro ist vom anhaltenden Krieg in der Ukraine und dem damit verbundenen Anstieg der Preise und Zinsen geprägt. Alle Ressorts außer das Verteidigungsministerium bringen 3,5 Mrd. Euro an Einsparungen in 2024 und 2025 jährlich. So kommt man ohne Steuererhöhungen und ohne Erhöhung der Schulden aus. Im momentanen wirtschaftlichen Umfeld wären auch hohe konsumtive Ausgaben weiterer Antreiber für Inflation und hohe Zinsen. Der Bund hat sich in diesem Rahmen die Stärkung der Wirtschaft und des Wohlstands, mehr Sicherheit, Digitalisierung, bessere Bildung und Klimaschutz als Schwerpunkte gesetzt. An Investitionen sind 54,2 Mrd. Euro vorgesehen, insbesondere in Digitalisierung, Mobilität, Bildung und Forschung. So soll den sich abzeichnenden strukturellen Herausforderungen entgegen getreten werden. Die Verteidigung wird ab 2024 ihren 2 %-BIP-Anteil zur NATO bringen. Bei der gesellschaftlichen Teilhabe wurden die Kindergrundsicherung, die Wohngeldreform und das Bürgergeld beschlossen.

Die Haushaltsstruktur sieht so aus, dass 66 % der Ausgaben Sozialausgaben, Personal und Zinsen sind, Investitionen 12 % und Sonstiges 22 %. Die Netto-Neuverschuldung für 2024 ist mit 16,6 Mrd. Euro veranschlagt – die Rückkehr zur Schuldenbremse gelingt nicht, wird aber als Ziel ausgerufen.

Der Doppelhaushalt 2023/2024 des Landes Baden-Württemberg hat insgesamt ein Volumen von 124 Mrd. Euro – 2023 sind es 62,9 und 2024 61 Mrd. Euro. Ein Drittel davon sind Personalausgaben.

Die Kommunalen Landesverbände, das Land und Wirtschafts- und Finanzverbände haben am 13.07.23 eine sogenannte Entlastungsallianz vereinbart. Ziel ist der Abbau von überbordender Bürokratie, effizientere Verfahren und eine Aufgabenkritik. Wir erwarten konkrete Vorschläge und Ergebnisse, die unsere Arbeit und die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich entlasten.

Am 18. Juli erhielten wir vom Land die Orientierungsdaten für das Haushaltsjahr 2024, die noch auf der Mai-Steuerschätzung beruhen und im Haushaltsentwurf eingearbeitet sind. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der nächste Woche laufenden Herbst-Steuerschätzung, wobei keine Verbesserungen zu erwarten sind.

Rückblick auf das Haushaltsjahr 2023

In 2023 haben wir einen Nachtrag beschlossen. Die Haushaltssituation 2023 hat sich durch den Nachtrag nicht grundsätzlich verändert. Eine leichte Verbesserung ist zwar eingetreten, allerdings nur durch äußere Umstände begründet. Das Problem, einen negativen Ergebnishaushalt zu haben, ist nicht erledigt - dies wird sich auch in 2024 bis in die Finanzplanung fortsetzen.

Haushalt 2024

1. Ergebnishaushalt

Die Gesamterträge im Ergebnishaushalt liegen bei 181,7 Mio. Euro, die Aufwendungen bei 189,5 Mio. Euro. Das ordentliche Ergebnis beträgt damit beachtliche – 7,8 Mio. Euro.

Der Aufwand für Abschreibungen ist hier mit 12,28 Mio. Euro enthalten, ebenfalls die Auflösung von Zuschüssen mit 3 Mio. Euro. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen, die als Synonym für den Ressourcenverbrauch stehen, gelingt also auch wieder nicht – wir leben nach wie vor von der Substanz und von der Liquidität, die wir angesichts der langsamer abfließenden Mittel im Finanzhaushalt vor uns herschieben. Unsere Haushaltswirtschaft ist wieder nicht in der Lage, aus der laufenden Tätigkeit einen Überschuss für Investitionen und Liquidität zu erwirtschaften – seit Jahren das bekannte Alarmsignal, weshalb es u.a. die Haushaltsklausurberatung Anfang Juni 2023 gab. Wir sind zum Umsteuern verpflichtet, um die Finanzen der Stadt langfristig zu sichern. Die Gewerbesteuer wird unter Einbeziehung einer Hebesatzerhöhung mit 27,5 Mio. Euro um 3 Mio. Euro höher veranschlagt als 2023, sie ist aber wegen der momentanen Konjunktursituation und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit Risiken behaftet. Der veranschlagte Wert ist angesichts der Größe und den Aufgaben einer Industriestadt wie der unsrigen zu niedrig. Ändert sich weiterhin nicht grundlegend etwas an unserer zu niedrigen Ertrags- und zu hohen Aufwandsseite, wird die Verschuldung der Stadt in Bereiche kommen, die unseres Erachtens eine Genehmigungsfähigkeit des Haushalts deutlich erschweren werden.

Auch der Einkommensteueranteil, der zwar höher als 2023 ausfällt, ist im Grunde genommen eine Schwachstelle in unserem Haushalt, da die Steigerung nach wie vor nur wegen des höheren landesweiten Steueraufkommens eintritt und nicht wegen eigener Verbesserungen. Auch deswegen ist als Ausgleich eine Steuererhöhung in 2024 notwendig und auch in der Finanzplanung veranschlagt. Nächstes Jahr steht auch wieder eine Anpassung der Anteile an, wo wir voraussichtlich wieder Einbußen hinnehmen müssen.

Wichtigste Erträge sind die Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben. Sie liegen in 2024 bei 76,6 Mio. Euro. Das sind zwar 5,2 Mio. Euro mehr als im Nachtrag 2023, aber immer noch deutlich weniger als in mittelfristigen Finanzplanungen früherer Jahre angenommen. Auch bei der Gewerbesteuer (27,5 Mio. Euro) hatten wir in der Finanzplanung früherer Jahre schon mit deutlich höheren Ansätzen geplant. Bei der Vergnügungssteuer sind 1,5 Mio. Euro veranschlagt. Wegen noch ungewissen Auswirkungen aus dem Glücksspielstaatsvertrag sind die Ansätze im Finanzplanungszeitraum allerdings vorsichtiger angesetzt.

Der Einkommensteueranteil liegt bei 29,25 Mio. Euro, was 950.000 Euro mehr als der Nachtragswert von 2023 bedeutet. Den Umsatzsteueranteil können wir mit 5,9 Mio. Euro veranschlagen, was 270.000 Euro über dem Wert von 2023 ist.

Bei der Kreisumlage rechnen wir mit einem Hebesatz von 34,0 % und veranschlagen 31,6 Mio. Euro, wir reißen also hier erstmalig die 30 Mio.-Euro-Grenze und müssen 2,8 Mio. Euro mehr als noch 2023 einplanen. Diese Umlage ist nach den Personalaufwendungen unsere größte Kostenposition im laufenden Betrieb. Auch die Finanzausgleichsumlage knackt in 2024 erstmals die 20-Mio.-Euro-Marke. Solche Steigerungsraten sind mit unserer Kosten- und Ertragsstruktur dauerhaft nicht zu vereinbaren.

Die Schlüsselzuweisungen liegen bei 39,78 Mio. Euro. Wegen unserer Ertragsschwäche ist wieder eine Sockelgaranziezuweisung von 2,87 Mio. Euro enthalten. Insgesamt sind die Schlüsselzuweisungen um 9,1 Mio. Euro höher als 2023, was aus der niedrigeren Steuerkraft aus dem Jahr 2022 begründet ist. In der Finanzplanung können wir nach derzeitigem Stand in 2025 noch einen höheren Betrag einplanen, danach wegen hoffentlich steigender Steuerkraft wieder weniger.

Die Gewerbesteuer ist trotz besserer Werte als letztes Jahr und trotz der veranschlagten Hebesatzerhöhung nicht mehr unsere wichtigste Ertragsart. Die unterdurchschnittliche Entwicklung beim Einkommensteueranteil und die anderen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich können die Schwäche angesichts der Kostensteigerungen wie beispielsweise bei der Kreisumlage nicht auffangen.

Der Personalaufwand liegt bei beachtlichen 57,3 Mio. Euro, was 4,9 Mio. Euro mehr als noch 2023 sind, also eine Steigerung von 9,3 %! Haupttreiber sind hier die Folgen von Stellenmehrungen aufgrund von Aufgabenzuwächsen und Tariferhöhungen. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass hier 1,7 Mio. Euro an verauslagten Personalkosten für Dritte enthalten sind, die wieder erstattet werden. Wären alle Stellenanträge berücksichtigt worden, läge der Wert nochmals um 1 Mio. Euro höher. Wir befinden uns bei diesem Thema in der Zwickmühle, einerseits vor dem Hintergrund von knappem Personal ein attraktives Gehaltsniveau bieten zu können und andererseits die stark ansteigenden Personalkosten zu zähmen.

Gas- und Strompreise beharren auf ihrem hohen Niveau – wir haben hier eine laufende zusätzliche Belastung von immer noch 1,3 Mio. Euro jährlich verglichen mit dem Niveau vor dem Ukraine-Krieg.

Die meisten finanziellen Ressourcen werden im Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport mit einem Nettoressourcenverbrauch von nun 34 Mio. Euro (dieses Jahr sind es 32 Mio. Euro) benötigt, gefolgt vom Baubereich mit 12,2 Mio. Euro (1,2 Euro mehr als dieses Jahr) und dem Bürgerservice mit 8,5 Mio. Euro (400.000 Euro mehr als 2023). Die Kultur benötigt knapp 7,3 Mio. Euro (532.000 Euro mehr als 2023).

Wie oben dargelegt, kommen wir angesichts dieser hohen Belastungen absolut an die Grenzen des finanziell Möglichen, wenn nicht darüber hinaus und kommen nicht um Steuererhöhungen umhin. Auch werden wir nächstes Jahr gemäß dem Steuerfindungsrecht neue Steuerarten dem Gremium zur Einführung vorschlagen.

Dass Steuererhöhungen notwendig werden, haben wir auch letztes Jahr bei der gleichen Veranstaltung ausführlich dargelegt. Nach wie vor erfüllen wir viele freiwillige Aufgaben mit hohem Ressourcenverbrauch. Dies geschieht auf einem hohen Niveau mit überdurchschnittlichen Standards. Auch bei den Pflichtaufgaben sind unsere Standards überdurchschnittlich. Angesichts der Daten dieses Haushaltsentwurfs müssen wir weiter daran arbeiten, die in diesem Jahr begonnene Aufgabenkritik fortzuführen und auch die Aufwendungen verstärkt in den Fokus zu nehmen. Auch die hohen Standards müssen wir weiter hinterfragen. Hier sind wir oftmals an der Grenze des Möglichen unterwegs. Selbst wenn das Geld vorhanden wäre, können wir wegen des sich verstärkenden Personalmangels keine neuen Aufgaben angehen. Gebührenerhöhungen sind neben den Steuererhöhungen ebenfalls im rechtlichen Rahmen auszuschöpfen. Gebührenfreiheit für hoch defizitäre Bereiche wie die Kindertagesstätten können wir uns bei den aktuellen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen schlicht nicht leisten.

2. Finanzhaushalt

Wir investieren 69,19 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2024.

Die größten Investitionen sind folgende; manche werden uns auch mehrere Jahre beschäftigen:

- Gebäudesanierung des Rathauses: 9,5 Mio. Euro
- Allgemeiner Grunderwerb inklusive Eugen-Loderer-Zentrum: 10,82 Mio. Euro
- Elmar-Doch-Haus mit 1,5 Mio. Euro
- Sanierung der Rauhbuchschule inkl. Turnhalle mit 1,1 Mio. Euro
- Neubau des Kinderhauses Mittelrain u. Sanierung Ganztagesbetrieb Mitterrainschule inkl. Turnhalle mit 3,8 Mio. Euro
- Kindertageseinrichtung am Klinikum mit 1,65 Mio. Euro
- Sanierung bei der Grundschule Großkuchen mit 1,5 Mio. Euro inkl. PV-Anlage
- Sanierung der Karl-Rau-Halle mit 1,8 Mio. Euro
- Neubau Campus an der Brenz mit 573.000 Euro zzgl. 160.000 Euro Fahrradabstellplätze
- Breitbandausbau in den sog. Weißen Flecken mit 3,74 Mio. Euro
- Stärkung der Städtischen Wohnungsbau GmbH mit 2 Mio. Euro in die Kapitalrücklage
- Baumaßnahmen in Sanierungsgebieten „Oststadt“, „Innenstadt/Rathaus“ und „Hagen“ mit 4,4 Mio. Euro
- Optimierung der Stickstoffelimination auf der Kläranlage Mergelstetten mit 10 Mio. Euro

Beim Breitbandausbau erübrigt sich ein Einstieg in das sog. „Graue-Flecken-Programm“, wenn der private Investor tatsächlich mit ca. 48 Mio. Euro im Stadtgebiet die Kooperation erfüllt und ausbaut. Bei den noch von der Stadt auszubauenden Bereichen im „Weiße-Flecken-Programm“ haben die Baumaßnahmen begonnen.

Insgesamt gehen unsere Investitionen deutlich über den Substanzerhalt hinaus. Allein die Bauinvestitionen kommen auf über 51 Mio. Euro.

Die größten Beträge gehen mit 21,9 Mio. Euro in den Teilhaushalt Bauen, hier hauptsächlich durch die Investitionen in die Kläranlage begründet. Der Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport ist mit 12,9 Mio. Euro vertreten.

Ich möchte ausdrücklich erwähnen, dass wir trotz der hohen Investitionen keine Mittel für einen Jugendtreff im Mittelrain mit 2 Mio. Euro sowie den Neubau der Städtischen Betriebe mit mindestens 20 Mio. Euro aufnehmen können!

Auch fehlen uns noch Daten und Fakten zum Gebäudeenergiegesetz. Hier kommen noch erhebliche Investitionen für den städtischen Gebäudebestand auf uns zu, die wir noch nicht greifen können und für die bei der derzeitigen Lage keine Förderungen für die Kommunen vorgesehen sind.

Die Verpflichtungsermächtigungen erreichen einen Wert von 53,2 Mio. Euro; die Investitionen in der Finanzplanung sind also größtenteils bereits vorgegeben.

Die Netto-Kreditaufnahme 2024 liegt bei 17,42 Mio. Euro. Das Umfeld für zusätzliche Darlehensaufnahmen ist ungünstig, da sich die Zinssituation vollkommen geändert hat. In 2023 sind wir ohne Nettoneuverschuldung ausgekommen. Die Darlehen werden für Investitionen in gebührenfinanzierte Aufgabenbereiche verwendet. Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme in 2024 rechnen wir mit einer Zinsbelastung von insgesamt 1,65 Mio. Euro.

Die hohe Liquiditätsentnahme von 26,4 Mio. Euro ist daher auch als Folge von noch abzuarbeitenden Investitionen aus 2023 zu sehen. Die liquiden Mittel werden am Jahresende dennoch bei voraussichtlich 57,6 Mio. Euro liegen, also 2,8 Mio. Euro über dem Schuldenstand.

3. Mittelfristige Finanzplanung

2025 bis 2027 sind Baumaßnahmen von insgesamt 93,9 Mio. Euro vorgesehen. Die Abschreibungen steigen im Finanzplanungszeitraum auf 14,3 Mio. Euro. Das ist auch noch einmal ein Grund, warum wir mittelfristig höhere Erträge brauchen, da sich das negative Gesamtergebnis in 2027 auf stattliche 21,7 Mio. Euro beläuft. Die Gewerbesteuer ist im Finanzplanungszeitraum mit 28,5 Mio. Euro in 2025 und 2026 eingeplant, 2027 mit 29,5 Mio. Euro. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer für 2024 und Beschränkungen beim Aufgabenprogramm müssen erfolgen. Wenn diese vorgeschlagenen Erhöhungen auch im Finanzplanungszeitraum fehlen, fehlen 7,5 Mio. Euro von 2025 bis 2027. Die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts ist dann nicht mehr gegeben!

Bei den Investitionen konzentrieren wir uns überwiegend auf die bereits veranschlagten und in der Finanzplanung aufgeführten Maßnahmen. Vorrang haben immer Maßnahmen im Pflichtaufgabenbereich mit einer Förderung. Dieses Programm ist auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch anspruchsvoll genug; die Rathaussanierung; das Elmar-Doch-Haus und die Kläranlage binden erhebliche Personalressourcen.

Größter Posten in der mittelfristigen Finanzplanung ist nach wie vor die Sanierung der Sammelkläranlage Mergelstetten mit 28,5 Mio. Euro. Der Spatenstich erfolgte Ende September dieses Jahres.

Beim Wohnungsbau werden aus dem Haushalt in 2025 bis 2027 nochmals 3,6 Mio. Euro für die städtische Tochter SGWH zur Stärkung der Kapitalrücklage bereitgestellt, um das notwendige Eigenkapital für Projekte im geförderten Wohnungsbau vorweisen zu können. In Bearbeitung sind derzeit zwei Projekte und ein weiteres befindet sich in der Vorbereitung.

Um das große Investitionsprogramm leisten zu können und dabei die Liquidität nicht übermäßig zu strapazieren, sind neue Darlehensaufnahmen vorgesehen. Es handelt sich um weitere 29,6 Mio. Euro von 2025 bis 2027 für den gebührenfinanzierten Abwasserbereich. Die Zinsbelastung liegt Ende 2027 bei voraussichtlich 3,7 Mio. Euro.

Der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2027 erhöht sich durch die neuen Darlehensaufnahmen auf 84,5 Mio. Euro. In den Vorjahren wurden die Kreditermächtigungen nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, so dass die Aufnahmen im Finanzplanungszeitraum überwiegend für rentierliche Aufgabenbereiche vertretbar und geboten sind. Die liquiden Mittel werden am Ende des Finanzplanungszeitraums bei 9,4 Mio. Euro liegen.

Wir liegen damit absolut an der Grenze dessen, was noch vertretbar ist. Die erhebliche Unterdeckung im letzten Jahr der Finanzplanung muss nun wirklich auch vor dem Hintergrund der vorgeschlagenen Steuererhöhungen der letzte Weckruf zum Gegensteuern sein!

4. Risiken

Als Risiko Nummer eins sehen wir die sich im letzten Jahr leider bewahrheiteten und immer noch schlechten Konjunkturaussichten. Die Industrie – auch wir bezeichnen uns als moderne Industriestadt – sieht attraktive Alternativen mit niedrigeren Produktionskosten und staatlichen Förderungen außerhalb Deutschlands und der EU. Der immer noch ungewisse Ausgang beim Krieg zwischen Russland und der Ukraine, verbunden mit möglicherweise nachlassender Unterstützung aus dem Westen sowie die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten, hohen Flüchtlingszahlen, erhöhter Inflation, hohem Zinsniveau und absoluter Fachkräftemangel auch in der Kommunalverwaltung können nicht gerade Optimismus verbreiten. Unsere Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind endlich und die eingeplanten Sonderdividenden aus den Stadtwerke-Aktien können nicht dauerhaft eingeplant werden.

Die Hoffnung auf eine Entlastung für Kommunen wird alljährlich wiederholt, ohne dass diese erfüllt werden. Einschränkungen bei der Aufgabenerfüllung sind angesichts dieses Haushaltsentwurfs unvermeidbar, um die Genehmigungsfähigkeit zu erhalten.

Im Finanzplanungszeitraum haben wir nur maßvolle Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zwischen 1 und 3 % eingerechnet. Geringere Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen kommen daher, dass Unterhaltungsmaßnahmen im Gebäudebestand drastisch gekürzt wurden. Die steigenden Energiepreise könnten uns hier noch weiter einschränken, so dass nur das Wesentliche enthalten ist. Prognosen sind angesichts der hohen Auslastung in der Baubranche und derzeitigen allgemeinen Preissteigerung schwierig.

5. Fazit

Immer mehr Aufgaben müssen mit immer weniger, dafür teurerem Personal und zurückgehenden finanziellen Mitteln erfüllt werden. Wir laufen an der Grenze der personellen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

Es muss festgestellt werden, dass das hoch hängende Thema der Nachhaltigkeit offensichtlich in politischen Kreisen einen schlechten Stand hat. Das uns in früheren Zeiten ausgezeichnete Fundament der soliden Finanzwirtschaft muss wieder mehr in den Fokus rücken, um eine nachhaltige und damit generationengerechnete Haushaltswirtschaft zu erreichen. Die unzureichende Ertragskraft muss nun wirklich dringend angegangen werden, sonst werden wir mehr als erhebliche Probleme bei der Finanzierung künftiger Haushaltsjahre bekommen. Eine absinkende Liquidität bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums für im Grunde genommen konsumtive Zwecke und Kreditaufnahmen bis zu einem Schuldenstand von 84,5 Mio. Euro in 2027, verbunden mit 3,7 Mio. Euro an jährlich zu zahlenden Zinsen werden uns bevorstehen. Dies alles muss finanziert werden.

Die kommunale Finanzhoheit steht bei diesen Aussichten auf dem Spiel. In die Situation, dass dann andere die Finanzhoheit uns vorgeben, sollten wir nicht kommen!

Wir müssen davon ausgehen, dass wir von unserer Rechtsaufsichtsbehörde beim Haushaltsgenehmigungsverfahren Auflagen zur Ertragssteigerung und zu Einsparmaßnahmen bekommen. Dass diese verschärft werden, wie auch schon im letzten Jahr, ist vorprogrammiert. Wir sind dabei, nicht nur das Fundament einer geordneten Finanzwirtschaft zu verlassen, sondern auch die Grenze zum noch Leistbaren deutlich zu überschreiten, wenn wir weiterhin diese defizitären Ergebnishaushalte in der Planung zulassen. Daher nochmals der dringende Appell, keinerlei zusätzliche freiwillige und defizitäre Aufgaben zuzulassen und dies auch konsequent durchziehen! Auch bestehende defizitäre freiwillige Aufgaben müssen hinterfragt und bei einer Infragestellung ehrlich überprüft werden. Der gesamtgesellschaftliche Nutzen muss Vorrang genießen und die Finanzen müssen einen höheren Stellenwert als bisher bekommen.

Insofern schlägt die Stadtkämmerei vor, die in diesem Juni begonnene Aufgaben- und Standardkritik verbunden mit Ertragssteigerungen weiter zu betreiben. In meiner Haushaltsrede vom letzten Jahr habe ich bereits betont, dass wir nicht allzuständig sein können.

6. Dank

Unser Dank gilt Herrn Oberbürgermeister Salomo, der den Prozess der Haushaltsplanaufstellung konstruktiv begleitet hat. Danke für das Vertrauen in unsere Arbeit und in uns.

Wir danken auch Ihnen, Frau Bürgermeisterin Maiwald, sowie den Kolleginnen und Kollegen Fach- und Geschäftsbereichsleitungen sowie allen Haushaltsbeauftragten für die vertrauens- und respektvolle Zusammenarbeit auch in diesem Jahr. Die konstruktive Zusammenarbeit ist bei allen Schwierigkeiten ein motivierendes Element und mit Kolleginnen und Kollegen wie Ihnen bin ich zuversichtlich, die Herausforderungen bewältigen zu können.

Mein Dank gilt diesmal auch denjenigen, die sich ehrenamtlich seit Jahren oder neu engagieren, sei es in der Vereins-, Jugend-, Flüchtlings- oder Seniorenarbeit. Die Stadt steht finanziell und personell am Rand der Leistungsfähigkeit und wäre dieses Engagement nicht vorhanden, hätten wir deutlich größere Probleme.

Wie jedes Jahr gilt mein besonderer Dank wieder dem Team von Herrn Edelmann und stellvertretend für alle anderen in seinem Geschäftsbereich Frau Wendland.

Wir empfehlen den eingebrachten Haushalt zur Beschlussfassung.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!